

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kantor und Expedition: 2721 und 4596. — **Volkskassentor** Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelspalte oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelspalte 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Ausräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Die internationale sozialistische Rundgebung

am Sonntag, dem 13. März, findet in Leipzig statt

# Auf dem Augustusplatz!

Redner: Reichstagsabgeordnete Henke-Bremen, Leid-Berlin, Buchta-Blauen

# Die Toten rufen! Zum Jahrestage des Kapp-Putschs.

„Die bisherige Reichsregierung hat aufgehört zu sein. . . Eine neue Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat wird gebildet.“

Mit diesen Worten verkündete am 13. März des vergangenen Jahres die „Regierung“ der Kapp und Lüttwih, der über-raschten Welt ihr Dasein. Eines langen Lebens hatte sie sich ja nicht zu erfreuen; schon nach fünf Tagen mußte sie abtreten und vom Schauplatz ihrer ruhmlosen Taten verschwinden. Ihr Geist aber lebt weiter. Er erstarkt in den folgenden Monaten und er ist heute lebendiger als jemals zuvor.

Der Kapp-Putsch war das natürliche Ergebnis der unter der Führung der Rechtssozialisten Ebert, Noske und Bauer betriebenen Koalitionspolitik. Das ist eine bekannte Tatsache, die heute nicht mehr bewiesen, sondern nur noch konstatiert zu werden braucht. Die von der Ebert-Regierung unter dem Noske-Kurs dauernd betriebene wahnsinnige Unterdrückungspolitik gegen die revolutionäre Arbeiterkraft mußte naturgemäß zu einer gewaltigen Stärkung der gegenrevolutionären Kräfte führen. Mit Hilfe der alten Offiziere aus der wilhelminischen Zeit hatte Noske sein Söldnerheer, das zum Schutze der Republik bestimmt sein sollte geschaffen. Unter der Leitung dieser Offizierskaste wurde der neudeutsche Militarismus zum stärksten Machtinstrument der Konterrevolution. In ihrer heillosen Furcht vor Spartakus und Bolschewismus kannten die rechtssozialistischen Regierungsmänner in ihrer unbegreiflichen Verblendung keinen anderen Feind als die revolutionären Arbeiter. Noch am 9. März hielt der rechtssozialistische Minister Dr. David im Reichstage eine von fanatischem Haß gegen das revolutionäre Proletariat diktierte Rede gegen die Unabhängige Sozialdemokratie. Von der in greifbarer Nähe gerückten drohenden Gefahr von rechts merkte David so wenig wie seine Ministerkollegen, obwohl General v. Lüttwih bereits am gleichen Tage mit ganz bestimmten, unzweideutigen Forderungen der Militärs an die Regierung herantreten war. Der Putsch der Kappisten war durch eine planmäßig betriebene nationalsozialistische Stimmungsmache gut vorbereitet. Diese reaktionäre Heße fand ihren Höhepunkt in dem Prozeß Erzberger-Helfferich. Am 12. März ging dieser Prozeß zu Ende und am 13. März war der Rechtsputsch eine vollzogene Tatsache. Noske konnte seinen von ihm so verzweifeltsten Truppen nicht mehr trauen und die Regierung mußte fliehen. Sie überließ es den von ihr systematisch verfolgten Arbeitern, Republik und Verfassung zu verteidigen und die schwer bewaffnete Reaktion niederzuringen.

Entschlossen rief die Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratie zum Generallstreik auf, die Rechtssozialisten folgten. Während aber die Rechtssozialisten Arm in Arm mit der geskälzten Noske-Regierung den Kampf aufnehmen wollten, stellte die USPD, zugleich neben dem Sturz der Kapp-Regierung die Befreiung der Regierung Ebert-Noske-Bauer als Kampfziel auf. Im Abwehrkampf gegen den von den Kappisten geführten reaktionären Vorstoß fand sich das Proletariat in erfreulicher Geschlossenheit zusammen. Der Generallstreik wurde trotz aller Drohungen der Putschisten-Regierung mit imponierender Geschlossenheit aufgenommen. Gegen diese wichtige Waffe des geeinten Proletariats

erwiesen sich auch die Maschinengewehre und Handgranaten, die Kanonen undminenwerfer der Kapp-Regierung als wirkungslos. Nach fünf Tagen mußte sie kapitulieren. Als aber nun die Noske-Regierung zum Abbruch des Generallstreiks aufforderte, verhartete die Arbeiterschaft weiter im Streik. Im Namen des Gewerkschaftsbundes verhandelte Legien mit der Regierung, bis sie sich zu gewissen Zugeständnissen, die aber keineswegs den Forderungen der Arbeiterschaft entsprachen, bequimte. Obwohl diese Zugeständnisse ungenügend waren und vor allem keine Garantien für die Durchführung der Zugeständnisse geboten wurden, erklärten die Vertreter der Gewerkschaften den Streik für zeitweilig beendet. Eine einmütige Fortführung des Streiks war nicht mehr zu erreichen, deshalb mußte sich schließlich auch die Unabhängige Partei mit dem Abbruch des Streiks abfinden, nachdem vorher noch vereinbart worden war, daß der Streik wieder aufgenommen werden sollte, wenn die Regierung ihre Zusagen nicht halte.

In verschiedenen Teilen Deutschlands, besonders in Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet, war das Proletariat mit der Waffe in der Hand in opferreichen blutigen Kämpfen den Kappisten entgegengetreten. In diesen Teilen Deutschlands hatte der Kampf besonders scharfe Formen angenommen und wurde mit unvermindelter Heftigkeit weitergeführt. In Berlin war man bestrebt, diesen Kämpfen Einhalt zu tun. In dem bekannten Viesefelder Abkommen wurde den Arbeitern des Ruhrgebiets die Bildung von Arbeiterwehren zugesichert, und es wurde versprochen, daß keine Reichswehrtruppen in das Ruhrgebiet einmarschieren sollten. Dieses Abkommen wurde jedoch in der schamlosesten Weise gebrochen. Die im Westen zusammengezogenen Freikorps und anderen konterrevolutionären Truppenteile marschierten in das Ruhrgebiet ein und richteten unter der Arbeiterschaft Blutbäder an. Die schrecklichen Mord- und Greuelthaten der konterrevolutionären Soldateska und die Blutzurleide der Stand-richte der Arbeiterschaft noch zu gut in Erinnerung, als daß sie hier ausgegählt werden müßten. Der weiße Schrecken herrschte lange Zeit im westlichen Industriegebiet und Tausende von revolutionären Arbeitern, die die Republik und die Verfassung verteidigt hatten, mußten fliehen. Ein großer Teil mußte sich vor dem Wüten der eigenen Landsleute zu den Feinden flüchten.

Und wie im Ruhrgebiet, so wüteten die Werkzeuge der Konterrevolution auch in andern Teilen Deutschlands. In Berlin wurden in ähnlicher Weise viele brave Arbeiter hingemordet. In Breslau, mordeten die Kulok-Banden, in Thüringen die Marburger Studenten als Zeitsfreiwillige. Blutige Kämpfe hatte es im Halleischen Bezirk und auch in Leipzig gegeben. Hier in Leipzig führten die Zeitsfreiwilligen, die Bourgeoispröhlinge, die schon am 14. März in der brutalsten Weise auf friedliche Demonstranten geschossen hatten, einen achtstägigen blutigen Straßenkampf gegen die Arbeiterbevölkerung. Den Höhepunkt erreichte hier der Kampf am 19. März, als diese Bürschen im Verein mit Reichswehrtruppen das Volkshaus, das den Stolz der Leipziger Arbeiterschaft bildete, in Brand steckten.

Als die reaktionären Kreise ihre Putschpläne gescheitert sahen, griffen sie zu dem alten bewährten Mittel und beschworen

wieder das Schreckgespenst des Bolschewismus. Unter der Parole „Gegen den Bolschewismus“ sammelte sich die Reaktion wieder, und auch die neuen demokratisch-rechtssozialistischen Regierungen im Reich und in Preußen, die nur einige ihrer reaktionärsten Mitglieder, wie Noske und Heine, verloren hatten, ließen sich durch die Parole der Reaktionäre willig einfangen. Schon nach einigen Tagen zeigte es sich, wie berechtigt das Mißtrauen der Unabhängigen gegen die unzureichenden Zugeständnisse der Ebert und Bauer gewesen war. Diese Regierung machte gar keinen ernstlichen Versuch, die Versprechungen, die sie in ihrer Not gegeben hatte, einzulösen. Schritt für Schritt wich sie vor der Reaktion wieder zurück, und als dann im Juli bei den Reichstagswahlen die reaktionären Parteien noch mehr gestärkt worden waren, dachte die bürgerliche Koalitionsregierung erst recht nicht mehr daran, das in den Märztagen aufgestellte Reformprogramm durchzuführen. Dabei waren es wirklich keine grundlegenden revolutionären Forderungen, die damals gestellt worden waren.

Von der „Nebenregierung der Gewerkschaften“, über die in den Märztagen soviel gesprochen und geschrieben worden war, war gar bald nichts mehr zu hören. Der Einfluß der Arbeiterorganisationen auf die Regierung, die alles andre als eine Arbeiterregierung war, schwand immer mehr. Nicht einmal das Versprechen, das man der Arbeiterschaft hinsichtlich der Ausgestaltung der Sozialisierung gemacht hatte, wurde erfüllt. Im Gegenteil, statt des versprochenen Ausbaues der bestehenden und der Schaffung neuer Sozialgesetze kamen Rückschritte. Es wurde gegen den Achtstundentag Sturm gelaufen und den Bergarbeitern wurde eine Verlängerung der Arbeitszeit aufgezwungen. Ein Arbeitszwangsgesetz wurde vorbereitet und der drückende Steuerabzug trat in Kraft. Verbesserung der Lebensmittelsversorgung hatte man den hungernden Massen versprochen, statt dessen steuerte man mit vollen Segeln in die „freie Wirtschaft“ hinein. Preissteigerungen über Preissteigerungen und damit Hand in Hand gehend weitere Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter waren die Folge. Gegen die immer rascher und heftiger zunehmende Arbeitslosigkeit wurden keine durchgreifenden Maßnahmen getroffen. Dagegen wurde die Steuerlast, die den breiten Massen aufgeschuldet wurde, immer drückender, und der „soziale Geist“, der nach der Behauptung Erzbergers die Steuer-gesetzgebung des neuen Deutschlands durchwehen sollte, zeigt sich darin, daß man jetzt dazu übergehen will, die Besitzsteuern abzubauen und die drückenden indirekten Steuern weiter auszubauen. Die Sozialisierung der reifen Wirtschaftszweige sollte nach dem Versprechen der Regierung sofort in Angriff genommen werden. Heute, nach einem Jahr, ist man noch nicht dazu gekommen, den ersten Schritt auf diesem Wege zu tun. Unterdessen häuften die Kapitalisten Millionengewinne auf Millionengewinne, die Stinnesierung der Wirtschaft, die eine kolossale Steigerung der wirtschaftlichen, und damit auch der politischen Macht der Kapitalisten mit sich bringt, macht Riesenschritte.

Eine Verwaltungsreform auf demokratischer Grundlage unter Mitbestimmung der Arbeiterorganisationen sollte schnellstens durchgeführt werden. Soweit aber überhaupt eine Wenderung auf